

Haushaltsrede 2025  
**„Löhne: Es ist Zeit für Vernunft“**  
*am 26. März 2025*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

bereits vor zwei Jahren haben wir unsere Haushaltsrede mit „Löhne ist pleite“ betitelt. Heute sind wir zwei Jahre weiter... Hat sich im Haushaltsentwurf 2025 etwas zum Positiven gewandelt? Ist die Finanzsituation in Löhne derart stabil, dass die CDU-Betitelung „Löhne ist pleite“ als Phantasie abzutun ist?

Lehnen wir uns also einmal gemeinsam zurück und schauen uns den Gesamthaushalt mal an: Dort stehen ordentliche Erträge in Höhe von 124,61 Mio. Euro Aufwendungen in Höhe von 131,25 Mio. Euro gegenüber. Damit ergibt sich schon mal ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von -6,64 Mio. Euro. Soweit bereits unzweifelhaft schlecht.

Betrachten wir das präsentierte Zahlenwerk doch mal etwas detaillierter. Oberflächlich scheinen die Erträge zwischen dem Plan 2024 und 2025 von 110,25 Mio. Euro auf besagte 124,61 Mio. Euro zu steigen, aber selbstverständlich haben wir alle hier im Saal sehr detailliert auf die Einzelkonten geschaut. Im Kontenkreis 01 können Sie sehen, dass die Steuereinnahmen von 68,85 Mio. Euro in 2024 auf 64,06 Mio. Euro in 2025 sinken. Maßgeblich dafür ist der geplante Rückgang des Gewerbesteueraufkommens von 32,00 Mio. Euro auf nur noch 26,00 Mio. Euro. Wie also müssen wir für uns diesen ersten gemeinsamen Blick bewerten? Als finanzielles Löhner Desaster größten Ausmaßes.

Wo kommt nun also dieser Geldsegen und dieses in Anführungsstrichen „geringe“ Haushaltsdefizit, welches uns die Kämmerin präsentierte, her?

Das zeigt sich, wenn Sie in den Kontenkreis 02 „Zuwendungen und allgemeine Umlagen“ schauen. Dieser steigt von 20,93 Mio. Euro auf 39,64 Mio. Euro in 2025; sprich ein Plus von 18,71 Mio. Euro. Eigentlich toll, insbesondere wenn Sie auf das Konto 411 100 01 schauen. Dort stehen die Schlüsselzuweisungen des Landes, die von 4,81 Mio. Euro auf 21,16 Mio. Euro in 2025 steigen; ein Plus von 16,35 Mio. Euro. Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Zuweisung eine Einmalzahlung aus dem kommunalen Finanzausgleich ist und keine Belohnung für besonders gutes Wirtschaften. Es ist eher ein „blauer Brief“, da die Stadt ihren Haushalt nicht in Ordnung hat.

Mal etwas Positives auf der Ertragsseite?

...die „sonstigen ordentlichen Erträge“. Dort strahlt uns eine positive Entwicklung von 2,87 Mio. Euro auf 4,02 Mio. Euro an; also ein Plus von 1,15 Mio. Euro. Toll! Schauen wir doch mal auf die Einzelkonten, um zu sehen, wo dieser Geldsegen herkommt... 350 TEuro stehen auf dem Konto „Entnahme Gebührenausschüttung“ und 765 TEuro stehen auf dem Konto „Abwicklung Rückübertragung Notfallrettung“. Also 350 TEuro Entnahmen aus der Rücklage und ein Einmaleffekt in Höhe von 765 TEuro. Kurz gesagt: Nur ein „Strohfeuer“; gar nicht toll!

Bleibt noch der globale Minderaufwand. Dieser weist einen positiven Effekt von 2,62 Mio. Euro aus. Klingt zunächst einmal toll. Aber was ist globaler Minderaufwand? Da schauen wir doch mal in die Bibliothek des Deutschen Bundestags und lesen da... Unter dem „globalen Minderaufwand“ versteht man eine pauschale Kürzung um maximal zwei Prozent der Gesamtaufwendungen des Haushaltsplanes. Kurz gesagt: Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip in der gesamten Verwaltung. Wirklich, sehr kreativ Herr Bürgermeister.

Damit haben wir uns zunächst einmal die Ertragsseite angeschaut. Im Kern bleiben also nur

- der Einmaleffekt aus den Schlüsselzuweisungen des Landes in Höhe von 16,35 Mio. Euro,
- ein paar kleine Strohfeuer in Höhe von 1,15 Mio. Euro, die als Einmaleffekte wirken und
- globale Minderausgaben nach dem Rasenmäherprinzip in Höhe von 2,62 Mio. Euro,

die die Stadt davor retten, bereits 2025 die Ausgleichsrücklage aufzubrauchen und damit pünktlich vor der Kommunalwahl pleite zu sein. Die schöne Welt der „kreativen Haushaltsgestaltung“... oder sollten wir es lieber als letztes großes Wahlgeschenk an Ihre SPD-Genossen bezeichnen? Ein Schelm, wer vom SPD-Bürgermeister jetzt Böses denkt. Aber eins ist klar: Ab 2026 geht es mit einem geplanten Haushaltsdefizit von -9,37 Mio. Euro definitiv in die Überschuldung. Daran ändert auch der angebliche 40 Mio. Euro Segen aus dem Sondervermögen des Bundes nichts; aber dazu kommen wir gleich.

Kurz gesagt: Der Patient „Löhne“ hängt am Tropf. Am Tropf von Zuwendungen des Landes.

Oder aus medizinischer Sicht: Der Patient „Löhne“ muss künstlich beatmet und so am Leben gehalten werden. Die eigenen Vitalfunktionen auf der Ertragsseite reichen nicht mehr aus, um aus eigener Kraft am Leben zu bleiben. Allerdings zeigt der Patient „Löhne“ noch reichlich Vitalfunktionen auf der Ausgabenseite... und ist damit eigentlich ein medizinisches Wunder. Diese Vitalfunktionen wollen wir uns nun einmal anschauen.

Der größte Einzelposten nach den Personalaufwendungen zu denen wir später noch kommen werden, ist interessanterweise die Kreisumlage. Diese steigt um 1,16 Mio. Euro auf dann 27,01 Mio. Euro in 2025 und wird lt. Planung dann jedes Jahr um ca. 1,2 Mio. Euro steigen. Beim Finanzbedarf, den allein das Klinikum Herford angemeldet hat oder durch den Taschenspielertrick zur Verlagerung des Rettungsdiensts zum Kreis kein Wunder. Es fliegt Ihnen nun über die Kreisumlage alles wieder um die Ohren.

Nach der Kreisumlage folgen dann die Transferaufwendungen für Kindertageseinrichtungen mit 16,12 Mio. Euro, Mieten mit 2,01 Mio. Euro, usw. Ja, es ist richtig, dass wir insbesondere einen Anstieg bei den Transferausgaben beobachten können. Und ja, es ist auch richtig, es oftmals Gesetzgebungsverfahren auf höheren Ebenen sind, die hier vor Ort umgesetzt werden müssen. Herr Kollege Böhm hat ja bereits öfter gebeten, bei unserem Ministerpräsidenten anzurufen, damit er für Löhne eine Ausnahmeregelung erlässt. Warum haben Sie, Herr Kollege Böhm, nicht auch mal bei Ihrem Genossen und zukünftigen Ex-Bundeskanzler Scholz angerufen? Naja, wahrscheinlich vergessen... wie bei Cum-Ex. Vergesslichkeit scheint in der SPD ja weit verbreitet zu sein. Und damit wären wir auch bei der Vergesslichkeit beim Maßhalten von Investitionen. Hier geben Sie ja gerne und mit vollen Händen das Geld der Bürgerinnen und Bürger aus.

Wahrscheinlich schielen nun auch schon die Ersten nach Berlin. Ein „Sondervermögen“ von 500 Mrd. Euro vom Bund und darin sind 100 Mrd. Euro für die Länder und Kommunen enthalten. Was man davon alles bauen könnte... und dann gibt es sicherlich noch eine Förderung; Perfekt, um mal richtig Geld auszugeben und einen staatlichen Selbstbedienungsladen zu eröffnen. So werden die Schleusen für unsinnige Klientelpolitik wieder weit geöffnet; denn auch Sondervermögen sind einfach nur Schulden, die von der nächsten Generation bezahlt werden müssen.

Pressewirksam träumt der Bürgermeister schon mal von 40 Millionen Euro, die in die Stadt gespült werden. Drei Zeilen später muss er zwar zugeben, dass er keine Ahnung hat, wie viel überhaupt nach Löhne kommt, aber die Begehrlichkeiten sind schon mal geweckt. Frei nach dem Motto: Der Bär ist noch nicht mal in Sichtweite, aber das Fell verteilen wir schon mal. Es ist der übliche SPD-Ansatz: Gibt es irgendwo Förderungen oder etwas abzugreifen, setzt jede Sachargumentation aus... gibt es Alternativen? Gibt es Betriebs- und Folgekosten? Egal, Hauptsache Förderung.

Also, spielen wir auch mal „Sterntaler“ und glauben, dass die 40 Mio. Euro auf Löhne regnen. Sicherlich haben Sie Herr Bürgermeister nachgelesen, dass dieser Geldsegen auf 12 Jahre verteilt wird. Nein, ups, ...wahrscheinlich vergessen... denn dann sind es plötzlich nur noch 3,33 Mio. Euro pro Jahr. Ups, die erste Seifenblase ist geplatzt. Und da wir gerade bei Märchen sind, schauen wir mal auf Ihren Wunschzettel:

Neues Schwimmbad	= 34 Mio. Euro
Neue Schule in Löhne-Ort	= 17 Mio. Euro
Feuerwehr Wittel	= 6 Mio. Euro (geschätzt)
Sporthalle Gesamtschule Mennighüffen	= 7 Mio. Euro
Sporthalle Grundschule Gohfeld	= 3,5 Mio. Euro (geschätzt)
Zwei Mehrfamilienhäuser	= 1,8 Mio. Euro (geschätzt)
In Summe	= 69,3 Mio. Euro

Ups, daneben. 30 Mio. Euro neben den geträumten 40 Mio. Euro vorbei. Zweite Seifenblase geplatzt. Träume sind halt Träume. Und der Haushalt? Keines Ihrer Traumgebäude ist im Haushalt bzw. in der Finanzplanung eingepreist. Kurz gesagt: Den Bürgerinnen und Bürgern kurz vor der Wahl ein paar Luftschlösser bauen, um gewählt zu werden und den Haushalt nicht nur einen Cent besser in Ordnung haben. Willkommen in der „Löhner SPD-Traumwelt“.

Deshalb heißt es nun bei den Investitionen Vernunft walten zu lassen und diese nicht durch „Leuchtturmprojekte“ zu einem finanziellen Desaster und einer Belastung für die nächste Generation werden zu lassen. Bestes Beispiel in Löhne ist das Lehrschwimmbecken in Melbergen, wo die Kosten von 3,34 Mio. Euro auf nun 5,528 Mio. Euro explodiert sind. Hinzu kommt bei diesem Projekt das Risiko der Rückforderung von Förderungen in Höhe von 3,00 Mio. Euro, wenn das Projekt nicht zum 31. Dezember 2025 fertig ist. Ähnliche „Never Ending Stories“ stehen uns auch an anderer Stelle wie dem Bahnhof wahrscheinlich bald bevor.

Beginnen wir mit dem Radschnellweg. Ein Projekt, welches auch die CDU-Fraktion zu Beginn befürwortet hat. Das steht völlig außer Frage. Im Planungsprozess zeigt sich nun, dass der Planungsaufwand in die solche Dimension eines Autobahnbaus geschraubt wird, von den Grundstücksproblematiken z. B. mit der Deutschen Bahn in Löhne-Ort mal ganz zu schweigen. Man muss ehrlich sein: Dieses Projekt, so richtig wie es, ist von der deutschen Bürokratie kaputt gemacht worden. Lassen Sie uns lieber die Radwege entlang der geplanten Trasse Instand setzen und bei Bedarf punktuell ordentlich ausbauen, anstatt von Radschnellwegen zu träumen. Das spart uns 500 TEuro Planungskosten; dafür kann man schon mal was bauen.

#### [Antrag]

Lassen Sie uns nun einmal den Umgang mit Steuergeldern beim größten und teuersten Löhner Bau- und Leuchtturmprojekt betrachten: Dem Schwimmbad. Für die Ratssitzung im Dezember 2024 hatten wir einen Änderungsantrag zur Beschlussvorlage gestellt, der sich am Schulbedarfsplan für den Neubau des Hallenbads orientierte; exakt die ursprüngliche Argumentationskette der Verwaltung. Abgelehnt; wahrscheinlich war das „falsche“ Logo drauf... hätte besser „rot“ sein müssen. Aus Sicht von SPD und Grünen ein angeblich inakzeptabler Vorschlag für alle Freibad - badefreudigen Löhner Bürgerinnen und Bürger. Nein, stattdessen beschließt die Mehrheit des Rats den vollständigen Neubau von Hallen- und Freibad. Kostenpunkt: 34 Mio. Euro; eher mehr. Auf welcher sachlichen Grundlage wird entschieden... gar keiner. Eine wilde Mischung aus Moralkeulen wird aus der Tasche geholt. Schließlich will man den Bürgerinnen und Bürgern vor der Wahl presssewirksam noch ein großzügiges Geschenk präsentieren.

Sachargumente = Fehlanzeige.

Besonders deutlich wurde dies in der Sportausschusssitzung vom 13. März 2025. Dort wird dann lieber behauptet, dass die CDU-Ausschussmitglieder „arrogant“ seien, weil sie den Badegästen das „Draußen“-Schwimmen nicht ermöglichen wollen... völliger Quatsch, aber so argumentiert man, wenn einem nichts mehr einfällt.

Ein Sachargument heißt aber, dass ein neues Bad in dieser Dimension mindestens 2,69 Mio. Euro Betriebsausgaben pro Jahr bedeutet; können Sie auf Folie 24 der Machbarkeitsstudie von CONSTRATA nachlesen. Und was heißt das für die Bürgerinnen und Bürger? Das kann jeder in der Vorlage 382/2024 nachlesen. Dort steht, dass je 2 Mio. Euro zusätzliches Defizit die Grundsteuer B für das Wohnen „...um mindestens 130 Punkte erhöht werden müsste.“ Das bedeutet, die „Keulenschwinger“ werden dann wohl auch die nächste saftige Steuererhöhung von mindestens 130 Punkten erklären können; denn das ist die Differenz zwischen den aktuellen und zukünftigen Betriebsausgaben für das Bad... und wen würde es treffen... ja, alle, auch die sozial schwächer aufgestellten Bürgerinnen und Bürger. Das nennt man dann wohl nicht zu Ende gedacht.

Einen ganz wesentlichen Punkt haben Sie aber bei Ihrer sozial- und badefreudigen Großzügigkeit vergessen: Löhne ist für die nächsten 10 Jahre in der Haushaltssicherung. Sprich: Die Ausgaben müssen sich auf die Pflichtaufgaben beschränken und der Haushalt wird von der Bezirksregierung genehmigt. Und die Pflichtaufgaben sind durch das Lehrschwimmbecken in Melbergen und ein 6 x 25 m Becken für das Schulschwimmen abgedeckt. Naja, kann man ja mal vergessen.

#### [Antrag]

Blicken wir auf die große Sporthalle an der Gesamtschule Mennighüffen. Sie ist in die Jahre gekommen; ohne Zweifel. Sie muss renoviert werden... sicherlich außerhalb der Diskussion. Der Hallenboden ist schlecht, das Dach feucht, die Lüftung zu klein und die Umkleiden... reden wir lieber nicht drüber, aber die Halle selbst ist in Ordnung. Wundert es einen, wenn man 40 Jahre lang nicht investiert und nicht renoviert. Damit haben wir als Hauptaufgaben ein neues Dach, die Lüftung, die Innenausstattung der Halle inkl. Boden und den Umkleidetrakt. Da muss nicht gleich ein Neubau her... geht übrigens am Gymnasium auch ganz gut.

#### [Antrag]

Ein schönes Beispiel für effizientes Bauen ist die Grundschule Löhne-Ort. Es kostet 15 Minuten Arbeit bis Sie im Internet Unternehmen finden, die Ihnen eine Schule in Modulbauweise errichten. Fertig ausgeplant, inkl. Bauplänen und Antragsunterlagen und das Wichtigste: zum Festpreis. Stattdessen wird von der Mehrheit im Rat ein Architekt beauftragt, herauszufinden, dass ein Neubau billiger ist, wie eine Sanierung. Das wussten wir allerdings schon vorher; die Aussage kam vom Kollegen Borzoo Afshar und kann jeder im Sitzungsprotokoll nachlesen. Jetzt hat der Architekt erst einmal einen Folgeauftrag und auf der Heimfahrt wahrscheinlich

die Sektkorken knallen lassen. Kostenpunkt: irgendetwas zwischen 11 und 17 Mio. Euro, evtl. auch ein bisschen mehr.

#### [Antrag]

Und wie kam es eigentlich zu diesem Grundschul-Beschluss? Nachdem dem Architekten auf Nachfrage nicht mehr viel zu seiner Kostenschätzung einfiel, wurde von Teilen des Rats die Moralkeule herausgeholt und alles niedergebürstet. Wenn es doch für Kinder ist, muss man doch etwas tun. Natürlich, das steht völlig außer Frage, aber...

Wenn Sie schon immer mit der Moralkeule kommen, tun Sie uns doch bitte einen Gefallen. Sagen Sie den Familien und Kindern, dass es Ihre Schulden sind, die hier für die kleinen und großen „Leuchtturmprojekte“ vergraben werden, und dass sie diese zurückzahlen müssen. Sagen Sie den Familien, dass für die vielen Annehmlichkeiten die sie in Löhne schätzen bald kein Geld mehr da ist, weil wir über unsere Verhältnisse gelebt haben. Vernunft und Verantwortung heißt eben nicht nur tolle Gebäude zu haben und mit sozialen Wohltaten um sich zu werfen damit man gewählt wird, sondern auch einen Finanzhaushalt an die nächste Generation weiterzugeben, der diese nicht vor Zinsen und Tilgung erdrückt. Gute Finanzpolitik ist kein Selbstzweck oder ein notwendiges Übel, sondern die notwendige Bedingung für soziale Großzügigkeit auch in der Zukunft.

Und da wir gerade bei der Zukunftsperspektive sind... was hat die Kämmerin für die nächsten 10 Jahre bei der Vorstellung des Haushalts präsentiert? Ich hoffe, Sie haben die Folie 27 gut mitgelesen. Ein paar Sparmaßnahmen von Pauschalkürzungen mit 2 Mio. Euro und einem globalen Minderaufwand von 2,6 Mio. Euro; zusammen also 4,6 Mio. Euro. Beides ist schon eingeplant und trotzdem werden uns hier Millionendefizite für die nächsten 10 Jahre vorgestellt. Wir hoffen, Ihnen ist klar, dass dort z.B. die Kosten für ein neues Bad oder eine Turnhalle in Mennighüffen noch gar nicht enthalten sind. Diese gibt es „on top“, wenn mal wieder richtig Wohltaten verteilt werden. Den Bürgerinnen und Bürgern mit teuren Leuchtturmprojekten Sand in die Augen streuen, den sie dann auch noch selbst bezahlen müssen; tolle Art der sozialen Großzügigkeit. Herr Kollege Böhm hat pressewirksam bereits weitere Bauten angekündigt. Das Löhne in der Haushaltssicherung ist und damit gesetzliche Vorgaben zu Investitionen greifen, interessiert Sie wohl nicht, wahrscheinlich auch vergessen... Sparen sieht nun mal anderes aus. Und schon kommt wieder die Idee mit den „Sparmaßnahmen in der Gremienarbeit“. Genial, was für ein Potential.

Ich darf Sie noch einmal daran erinnern: 37 TEuro Einsparung. Herr Bürgermeister: Toll! Das Problem ist nur: Das Problem des Haushaltsdefizits, über das wir hier reden, ist um den Faktor 200 größer. Und jetzt soll es wieder Sparmaßnahmen bei der Gremienarbeit geben... wie viel wollen wir dieses Mal sparen... wieder 30 TEuro. Macht sich sicherlich jedes Mal toll in der Zeitung. Ansonsten ist es nur Augenwischerei und Placebo. Eine Ratsverkleinerung wollten unsere roten Marktbegleiter ja nicht; schließlich, so argumentierte Kollege Böhm, wäre die

politische Arbeit ja nicht mehr zu schaffen. Ja ne, ist klar... und das mit der größten Fraktion... völlig überlastet.

Und wie wäre es denn mal mit Einsparungen in der Verwaltung? Wenn Unternehmen kein Geld haben, sparen sie... und ja auch beim Personal. Und das Unternehmen „Löhne“. Das spart nicht, hier wird munter weiter Personalaufbau betrieben. Augenscheinlich sieht der Stellenplan auf Folie 7 der Präsentation zwar recht positiv aus, aber wenn wir jetzt nur ein bisschen an der Oberfläche kratzen, sehen wir, dass der größte Effekt in Höhe von 1,63 Mio. Euro aus der Verlagerung des Rettungsdienstes zum Kreis Herford entsteht. Also keine Einsparung; die steigenden Kosten beim Kreis kommen über die Kreisumlage wieder zurück. Dafür werden im Haushaltsplan die nächsten 10 Stellen geschaffen. Kostenpunkt bei im Mittel Besoldungsgruppe A8 und mittlerer Entwicklungsstufe... ca. ca. 450 Teuro pro Jahr zzgl. Sozialabgaben. Wie wäre es denn mit ein paar internen Personalumschichtungen? Das wäre doch mal eine Idee. Aber nein, lieber immer mehr neue Planstellen.

#### [Antrag]

Nun aber zu den Steuererhöhungen:

...und zwar reihenweise. Eine „lebenswerte“ Stadt, so wie das von unseren roten Marktbegleitern stets formuliert wird, ist ja schön und gut, aber sie muss auch bezahlbar bleiben und zwar für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Unternehmen. Stattdessen präsentieren Sie hier Steuererhöhungen und zwar ab 2026, pünktlich nach der Kommunalwahl, Jahr für Jahr eine Steuererhöhung nach der nächsten, um den Haushalt zu sanieren:

- Jahr für Jahr: 10 Prozentpunkte Grundsteuererhöhung für den Bereich „Wohnen“ zzgl. der Erhöhung für das Bad, die Turnhalle, usw.; Wohnen soll also Jahr für Jahr teurer werden. Meine Damen und Herren, es ist bereits heute für viele insbesondere sozial Schwächere kaum noch bezahlbar.
- Jahr für Jahr: 20 Prozentpunkte Grundsteuererhöhung für den Bereich „Nicht-Wohnen“, also kurz gesagt: Industrie und Gewerbe. Wollen Sie die Unternehmen in Löhne loswerden und Neuansiedlungen gleich mal systematisch verhindern? Damit für die Unternehmen ja noch nicht genug.
- Jahr für Jahr: 5 Prozentpunkte Gewerbesteuererhöhung. Hängen Sie doch gleich einen Zettel an das Ortseingangsschild „Gewerbesteuerzahler unerwünscht“. In Löhne bricht die Gewerbesteuer ein und alles, was Ihnen einfällt, ist die Gewerbesteuer noch weiter zu erhöhen.



Kennen Sie eigentlich die Hebesatzkarte der „Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen“? Löhne gehört dort zu den absoluten Spitzenreitern und will nun immer weiter an der Gewerbesteuerschraube drehen. Was Sie machen wollen ist industrie-, investitions- und letztendlich arbeitsplatzfeindlich. Damit werden Sie keine neuen Unternehmen in Löhne ansiedeln. Wollen Sie ja anscheinend auch nicht. Anstatt also die Wirtschaft zu animieren, hier sich hier in Löhne anzusiedeln, drohen Sie lieber mit ordentlichen Grund- und Gewerbesteuererhöhungen.

**[Antrag]**

Zusammenfassend lässt sich also sagen: Wir haben hier den Patienten „Löhner Haushalt“, der auf der Ertragsseite lediglich noch von Zuwendungen des Landes am Leben gehalten wird. Dagegen wird auf der Aufwandsseite weiterhin so getan, als ob wir es mit einem gesunden, jungen Menschen zu tun haben, der kerngesund ist. Medizinische Wunder gibt es nicht und deshalb können wir nicht so tun, als ob nun alles so weitergeht wie in der Vergangenheit. Jetzt heißt es alles dafür zu tun, die Wirtschaft zu unterstützen, die Gewerbesteuererinnahmen wieder zu steigern und gleichzeitig bei den Ausgaben vernünftige Lösungen anstatt teurer „Leuchttürme“ anzustreben. Bei allen anstehenden Aufgaben müssen die Finanzen langfristig wieder ins Lot gebracht werden. All das ist bei diesem Haushalt nicht gegeben.

Aus diesem Grund lehnt die CDU-Fraktion den vorgelegten Haushalt ab.

Ich danke Ihnen.

*gez. Prof. Dr. Maik Büssing*

- Fraktionsvorsitzender -